

II. Westdeutschland zwischen 1945 und 1949 - Faktoren, Entwicklungen, Entscheidungen

THILO VOGELSANG

EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK

Der Sprung über die Schwelle des Jahres 1945, die Eröffnung des weiten Feldes der Nachkriegszeit – der „neueren“ Zeitgeschichte – für die Forschung, stellt hier und heute keine Zielprojektion, keine „Forderung“ mehr dar. Seit etwa einem Dezennium wird auf diesem Gebiete gearbeitet, werden Versuche unternommen, zentrale Fragestellungen zu konzipieren, die Stofffülle zu durchdringen und erste Antworten zu gewinnen. Dafür, daß solchen Bemühungen gleichwohl der Geruch des Neuartigen nach wie vor anzuhaften scheint, gibt es eine plausible Erklärung. Das Novum liegt in einer deutlich gewordenen Unbefangenheit der jüngsten Vergangenheit gegenüber, deren Behandlung immer weniger jener besonderen Motivationen bedarf, wie sie noch vor zwanzig Jahren bei der Hinwendung zum Nationalsozialismus erforderlich waren. Indem die Vergangenheit jetzt „unteilbar“ geworden zu sein scheint, vermag die Geschichtswissenschaft nunmehr bei der „Ortsbestimmung der Gegenwart“ kräftig mitzuwirken, nachdem es ihr gelang, sich angesichts der wachsenden Bedeutung der Thematik rechtzeitig benachbarten Disziplinen beizugesellen. Ihre Aufgabe ist es, erlebte Gegenwart in historische Perspektiven einzubringen.

Als engere Arbeitsgebiete haben sich in den letzten Jahren ergeben: die Zeit der Militärregierung, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie – auch schon – die vielschichtige Problematik der Ära Adenauer (mit einstweiligem Schwerpunkt auf deren Anfängen bis etwa 1952/53). Ich darf an dieser Stelle die 50er Jahre außer Betracht lassen. Meine Ausführungen werden den beiden ersteren Bereichen gewidmet sein, gedacht als Anleuchtung einzelner Probleme, kombiniert mit Beschreibungen von Zusammenhängen.

Begonnen sei mit der Feststellung, daß sich beide Gebiete, also Besatzungszeit und Gründungsperiode, für Ansätze und Fragestellungen gegenseitig bedingen und überlagern, daß Abgrenzungen gegeneinander schwer zu ziehen, daß Zäsuren kaum zu setzen sind. Die Gründe dafür sind sicher weniger in der Rasanz der damaligen Entwicklung zu suchen, sondern mehr noch bei den zahlreichen gewichtigen Faktoren machtpolitischer und ideologischer Natur, welche jenem Zeitabschnitt das Gepräge gaben und direkt wie indirekt in unserem Lande bereits zu einem Zeitpunkt bemerkbar wurden, als erstmals vorsichtige Anzeichen für eine Politik in und mit Deutschland registriert werden konnten. Und als sich die Diplomatie des Mißtrauens innerhalb von drei Jahren zu Rivalität und Feindschaft gewandelt hatte, gehörte die deutsche Frage längst zu den die Welt erregenden Streitobjekten, und zwar auf allen Ebenen, während zugleich deutsche Politiker

von Statisten zu Mitwirkenden wurden, – zu „Kombattanten“, wie man wohl sagen darf.

Diese Ballung des „Gleichzeitigen“ aber macht die Arbeit der Sichtung und Deutung nicht eben leicht. Der Historiker, dem sich jener entscheidende Abschnitt deutscher Nachkriegsgeschichte als Aufgabe immer wieder anbietet, wird daher – ungeachtet seiner methodischen Entscheidungen – stets die Ganzheit des Geschehens ins Auge zu fassen haben. Er wird selbst bei sachlich oder regional begrenzten Themen oft genug zu den „größeren“ Ereignissen hingelenkt werden und andererseits bei umfassenderen Problemstellungen an der Berücksichtigung des Speziellen und Lokalen nicht vorbeikommen. Denn gerade in der Vielgesichtigkeit der Aspekte liegt das Typische dieses verhältnismäßig kleinen Abschnitts deutscher (und auch europäischer) Geschichte. Zwei Hinweise mögen das verdeutlichen.

Die schleichende Auflösung der Anti-Hitler-Koalition, beginnend im Winter 1945/46 mit einem fortschreitenden Konsens-Zerfall, bezog sich nicht nur auf die mit Kriegsende erreichten strategischen und politischen Positionen. Sie zerstörte vielmehr auch das Bewußtsein einer weltweiten antifaschistischen Solidarität, wie sie sich in den Vorkriegs- und Kriegsjahren herausgebildet hatte. An ihre Stelle traten im Zuge eines „Wechsels der weltpolitischen Konjunktur“ (Hans Rothfels) schon Ende der 40er Jahre die Anfänge einer ideologischen antikommunistischen Blockbildung. Später hat dann die amerikanische Political Science eine neuartige Totalitarismus-Theorie erarbeitet und damit den Umpolungsvorgang weiter unterstützt. Den eigentlichen Umschwung aber, den Stimmungswandel, erfuhren die Deutschen der Westzonen in seinen einzelnen Etappen sozusagen am eigenen Leibe und ließen sich von ihm mittragen. Die Mehrzahl des Volkes fühlte sich (sei es aus Überzeugung, Angst oder nur Emotion) plötzlich in Übereinstimmung mit den Siegern; die Wünsche namentlich der älteren Generation nach restabilisierten Verhältnissen gingen konform mit dem Abwehrwillen der amerikanischen Politik. Auch von hier aus sollte daher die den Deutschen im Blitzverfahren abverlangte Option für ein nur westdeutsches Staatswesen gesehen werden, und nicht zuletzt hat gerade die antikommunistische Komponente im Leben der neuen Republik zu deren restaurativem Habitus mit beigetragen.

Der zweite Punkt: Die generellen Komplikationen reichten von der Ebene des Sicherheitsrates der eben gegründeten Vereinten Nationen bis herunter zum Alltag der Besatzungspraxis beiderseits der west-östlichen Demarkationslinie in Deutschland. Vor allem aber: der Zerfallsprozeß setzte die an der Kriegskoalition beteiligten westlichen Staaten keineswegs frei, sondern hatte ihre rasche Zuordnung auf die USA zur Folge, sobald nämlich Washington 1947 aus dem besatzungspolitischen Lernergebnis des Vorjahres heraus eine neue Europa-Politik zu entwickeln begann. Angesichts der wirtschaftlichen Zwangssituation Englands und Frankreichs hat es dabei an Zusagen und sanftem Druck nicht gefehlt. Die Verkündung der Truman-Doktrin entlastete die britische Position im östlichen Mittelmeer spürbar, während die finanziellen Schwierigkeiten Londons schon aus Kosten-

gründen eine etwaige britische Alternative zur Zonenverschmelzungspolitik General Clays nicht mehr zuließen. Nach Marshalls Juni-Rede begann sogar Paris – projektierte Zentrale künftiger ERP-Zusammenarbeit – zwischen 1947 und 1948 den Abbau wichtiger, bislang als unabdingbar geltender deutschlandpolitischer Zielvorstellungen zu erleben, als nunmehr Politiker und Publizisten die Frage diskutierten, ob nicht am Ende eine sowjetische Bedrohung höher einzuschätzen sei als die deutsche und was daraus an Konsequenzen erwachsen würde.

Die Zwischenbilanz bisheriger Forschungsergebnisse läßt freilich deutlich werden, daß unser heutiger Erkenntnisstand über die Tätigkeit der drei Militärregierungen und deren Abhängigkeit von den heimischen Ressorts als noch sehr unvollständig bezeichnet werden muß. Zwar ist das Wissen von der Genesis und dem Verlauf der amerikanischen Deutschlandpolitik zuletzt dank der Arbeiten John Gimbels zunehmend breiter geworden, doch sind Untersuchungen über die britischen Ziele und Konzepte erst im Anfangsstadium, und bezüglich Frankreichs fehlen derartige Themenstellungen ganz. So kann z.B. die vorhin angedeutete Frage nach einer möglichen britischen „Alternative“ bislang ebenso wenig schlüssig beantwortet werden wie diejenige, ob es vielleicht eine spezifische Politik der Labour Party in Sachen Deutschland gegeben hat. Auch mangelt es zur Zeit noch an Detail-Einsichten darüber, in welchem Maße und in welchen Formen zwischen 1946 und 1947 die Einflußnahmen radikalliberaler und prosowjetischer Persönlichkeiten auf die Tätigkeit von OMGUS in Washington und „an der Front“ selbst zurückgedrängt worden sind.

Die hier skizzierten Abläufe auf den Szenerien der Gleichzeitigkeit dürfen uns indessen nicht zu einer deterministischen Betrachtungsweise verführen. Kenner der Materie betonen zu recht, daß im Mai 1945 das Schicksal der besiegten Nation (und damit die Lösung ihrer Probleme) völlig offen war und daß darüber hinaus den vier Siegern die politische, die gesellschaftliche und die wirtschaftliche Struktur Deutschlands gewissermaßen „zur Disposition“ stand. Hier bot sich ein Betätigungsfeld eigener Art wie nie zuvor in der deutschen Geschichte.

Trotz vorsichtigen Abwartens in der allerersten Zeit waren bald Wille und Ehrgeiz, deutsche Geschichte zu gestalten, bei allen Besatzungsmächten zu erkennen: wesentliche Teile des Potsdamer Abkommens – die „Demokratisierung“ betreffend – galten als verbindliches Programm. Doch die Besiegten erfuhren in dieser Hinsicht keine einheitliche Gestaltung ihrer Angelegenheiten, sondern erlebten, von einander durch Zonengrenzen getrennt, eine fortschreitende und sich rasch verstärkende Divergenz der Sieger, und das in einem Zeitraum, in welchem ihre zur Mitarbeit bereiten Repräsentanten Stufe um Stufe mehr Initiativ- und Entscheidungsbefugnisse zugesprochen erhielten. Daneben prägten sich methodische Unterschiede der Besatzungspolitik, ja Vorlieben aus: die Briten förderten politische Organisationen und zentrale Administrationsformen, die Amerikaner favorisierten Institutionen, welche einer föderativen Grundordnung dienen sollten, und die Franzosen gedachten über ein Nebeneinander von streng beaufsichtigten Landesverwaltungen nicht hinauszugehen. In der Gesellschaftspolitik

freilich war allen dreien – wenn auch abgestuft – eine deutliche Zurückhaltung gemeinsam, sofern gravierende Neuerungen und Reformen zur Debatte standen¹. Allein die Sowjetunion begann mit einer Demokratisierung ihrer Besatzungszone, in rigorosen Formen und mit dem Endziel einer völligen Veränderung der sozialen wie wirtschaftlichen Strukturen.

Den eigentlichen Problemreichtum liefern uns natürlich die „Kontrollierten“ selbst, wobei ich hier einschränkend lediglich die Westzonen anspreche. Hier begegneten sich der erwähnte Gestaltungswille der Alliierten und die lautlose Entschlossenheit deutscher Persönlichkeiten, an der Liquidierung nationalsozialistischer Systemreste mitverantwortlich teilzunehmen und den Wiederaufbau mit einzuleiten. Diese Männer, die bei den verwaltungspolitischen Neuanfängen in führende Stellungen gelangten, waren in der Mehrzahl schon in der Weimarer Zeit hervorgetreten; ihre Namen hatten zumeist auf den „weißen Listen“ der Siegermächte gestanden. Doch sie „verwalteten“ oder „regierten“ nicht nur, sondern wurden auch im Verkehr mit den Sachwaltern der Besatzungsmächte zu Mitträgern eines ebenso vielstufigen wie vielseitigen Gesamtvorganges, den man heute mit „Interaktion“ zu bezeichnen sich angewöhnt hat, – „Interaktion“ auf der Grundlage von sowohl lockeren als auch institutionalisierten Begegnungsformen, letztere besonders auf der Ebene der Länder und oberhalb von ihnen².

Jene „Mitträgerschaft“ ist dann spätestens ab 1946 auch von den Führern der großen Parteien angestrebt worden; ihre unterschiedliche Goutierung durch die Beauftragten der Militärgouverneure bewirkte freilich, daß Männer wie Adenauer und Schumacher zwar in der britischen Zone an Kontakten mit dem Hauptquartier wenigstens in einem bescheidenen Maße teilhatten, daß dagegen sie und ihresgleichen in der amerikanischen Zone kaum zum Zuge kamen, ein Umstand, der ihre Rivalität zu den gerade von Clay auffallend bevorzugten Länderchefs nur noch steigerte. Wesentlich höher muß daher, vom Wirtschaftsrat einmal abgesehen, die den Parteien verbliebene Aktivität ihrer Fraktionen in den Landtagen und vorher in den Landesversammlungen bewertet werden, wo sie, beginnend mit den Verfassungsdiskussionen, an der spezifisch „westlichen Demokratiegründung“ mitwirken konnten. Auch in diesem Bereich hat damals „Interaktion“ stattgefunden, wenn man etwa an die Tätigkeit des amerikanischen „Interdivisional Committee on Land Constitutions“ und seiner Verbindungsoffiziere zu den einzelnen Ländern denkt. Die Verfassungsarbeit in der amerikanischen und in der französischen Zone war schon 1946 bzw. 1947 beendet, in der britischen Zone zog sie sich weitaus länger hin³.

¹ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Hüttenberger, Die Anfänge der Gesellschaftspolitik in der britischen Zone, in diesem Heft, S. 171.

² Vgl. Lutz Niethammer, Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes, in diesem Heft, S. 177.

³ Zu den beiden damals entwickelten Demokratie-Konzepten siehe Karlheinz Nieclauß, Demokratieverständnis und politische Grundsatzdiskussion in Westdeutschland 1945–1949, in diesem Heft, S. 189.

Betrachtet man das Demokratie-Verständnis der Deutschen nach 1945, so wird man zweierlei festzustellen haben:

1. daß dieses Verständnis bis zu den ersten Jahren der Bundesrepublik hauptsächlich auf die staatliche Ordnung fixiert geblieben ist, kaum jedoch auf die Gesellschaft, deren Charakter als Element der Demokratie noch nicht voll ins Bewußtsein gerückt war,

2. daß das Demokratie-Verständnis eine deutliche Bezogenheit auf den Weimarer Zeitabschnitt aufzuweisen hatte. Sie war erkennbar in zwei Verhaltensweisen der älteren Politikergeneration: einmal in der Distanzierung von den Struktur-mängeln dieser Republik und den daraus resultierenden negativen Erfahrungen, und zum anderen in der bewußten Anknüpfung an – trotz allem – verbliebene demokratische Traditionen der Weimarer Zeit.

Zugleich aber wurden in der angeschlagenen (und kompromittierten) bürgerlichen Welt Deutschlands durch vorgreifende Maßnahmen der westlichen Alliierten wesentliche Strukturelemente wiederhergestellt, darunter nahezu alles, was in der Ära Hitler lediglich mit dem Makel einer Gleichschaltung behaftet gewesen war. Es blieb ferner die Bürokratie der wirtschaftlichen Güterverteilung mit ihren speziellen Dienststellen, die erst der NS-Staat geschaffen hatte, am Leben einschließlich lokaler Restkader des Reichsnährstandes⁴.

So ist den Deutschen die Herstellung eines Kontinuitätsbewußtseins bereits in der Zeit „zwischen Reich und Bundesrepublik“ verhältnismäßig leicht gefallen. Trotz Zerfall des Reiches, Auflösung Preußens und Zerstörung des nationalsozialistischen Systems waren die weitaus meisten Grundmauern mittlerer und unterer Staatlichkeit erhalten geblieben, und die bürgerliche Lebenswelt als herkömmliche Vorstellung und Verhaltensweise schien kaum Schaden genommen zu haben. Unter diesen Voraussetzungen aber und in Ansehung der vorhin skizzierten anderen Faktoren (im Bündel der „Gleichzeitigkeiten“) war der Weg zur Bundesrepublik Deutschland nur mehr kurz.

⁴ Vgl. dazu Christoph Weisz, *Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949*, in diesem Heft, S. 192.